

Hilflos am Hindukusch

Afghanistan war Deutschlands längster und ambitioniertester Auslandseinsatz. Dass er im Chaos endet, zeugt von einer Außenpolitik der Risikovermeidung | Von Henning Hoff

Es gab eine Zeit, da stand Deutschland in Sachen Afghanistan-Politik, wenn nicht im Zentrum des Geschehens, so doch nahe dran. Die Bundesregierung war Ende 2001 Gastgeberin der ersten Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn. Nach dem schnellen militärischen Sieg der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeter über das erste Regime der Taliban (1996-2001) wurden dort die Grundlagen für das neue Afghanistan gelegt. Allerdings hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Krieg mit „leichtem Fußabdruck“, wenig eigenen Truppen und CIA-Agenten mit großen Bargeldkoffern führen lassen. So stand der neue Staat von Anfang an auf den tönernen Füßen einer Korruption von später gigantischen Ausmaßen.

Zehn Jahre später, als die Afghanistan-Konferenz erneut auf dem Petersberg stattfand („Bonn 2“), hatten sich viele Hoffnungen bereits zerschlagen. Die Taliban waren zurück und lieferten sich vor allem in den südlichen Provinzen schwere Gefechte mit den Amerikanern und Briten. Aber auch im Norden, wo die Bundeswehr stationiert war, wurde der Konflikt blutiger – mit dem „Karfreitagsgefecht“ vom 1. April 2010 als einschneidendem Ereignis.

Zu der Zeit gab es Versuche, mit Truppenaufstockungen und *Counterinsurgency*-Strategien die Wende zu schaffen, aber dies bereits unter der Maßgabe von nur noch innenpolitisch motivierten Zeitfenstern. Damit tickte die Uhr – die Taliban konnten sich zurücklehnen. Auf „Bonn 2“ wurde der Abzug westlicher Kampfverbände bis 2014 verabredet, und tatsächlich beschränkte sich der Einsatz der westlichen Truppen danach vor allem auf Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Armee und Polizei. Der Westen versprach zudem, beide langfristig zu finanzieren. Ob zum Beispiel diese Gelder immer „unten“ ankamen, ist unklar; in den vergangenen Monaten war



Als dem Anfang noch ein Zauber innewohnte: Vor zwanzig Jahren fand die erste Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg statt.

die wohl zumindest bei vielen Polizeieinheiten nicht mehr Fall.

Dennoch hatte die deutsche Außenpolitik damals noch Ambitionen. Die Bemühungen des deutschen Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan („AfPak“), Michael Steiner, führten zu ersten direkten Kontakten zwischen Amerikanern und den Taliban und der Einrichtung einer „Auslandsvertretung“ der Radikalisierung in Katar. Dort fanden praktisch bis zum Fall von Kabul diese Woche Gespräche statt, ohne Ergebnis. Die Taliban sprachen von Waffenstillständen und mordeten weiter. Nach Donald Trumps Abkommen mit ihnen und der Ankündigung, bedingungslos abziehen zu wollen, hatten Washington und seine Partner dann überhaupt keine Druckmittel mehr in der Hand.

Ambitionen konnte man der deutschen Politik am Hindukusch derweil schon lange nicht mehr nachsagen – was Teil der Erklärung ist, warum der Einsatz dieser Tage so chaotisch und beschämend endet. Seit

Jahren schon stand für die Bundeswehr der Selbstschutz an höchster Stelle. Bundeskanzlerin Angela Merkel wollte keine Toten mehr. Mit der Luftbrücke aus Kabul hat Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer immerhin entschieden, aus einer katastrophalen Situation das Bestmögliche zu machen; und doch wird es „zu wenig, zu spät“ sein, selbst wenn sich die Amerikaner den Kabuler Flughafen noch etwas länger als bis Ende August sichern, wie bislang geplant.

Warum die Bundeswehr im Juni abzog, ihre afghanischen Unterstützer aber zurückließ, während sich die beteiligten Ministerien offenbar nicht einigen konnten, wer als „Ortskraft“ (im amerikanischen Sprachgebrauch übrigens: *Afghan allies*) gelten könne und wer nicht, wird womöglich erst nach den Bundestagswahlen ein Untersuchungsausschuss aufklären. Warum man aber den von US-Präsident Joe Biden im April bestätigten Abzugsbeschluss der Amerikaner hinnahm, ohne im

Nato-Rahmen zumindest Kritik zu üben, ist befremdlich angesichts der Tatsache, dass der einsame Entschluss der Weißen Hauses in Berlin zugleich so viel Anlass zu transatlantischer Verbitterung gab. In einer solchen Situation alternative Optionen nicht auszuloten oder zumindest auf einen ausgedehnten Zeitplan zu drängen, ist Ausdruck einer Politik, die keinen Gestaltungswillen mehr hat.

So folgte der Fall von Kabul an die Taliban nach 2001 überhaupt erst ermöglicht hat, ist bekannt. Pakistans Militärführung spielt seit Jahrzehnten die Rolle einer pyromanischen Feuerwehr, die mit dem Zuwachs an eigener „strategischer Tiefe“ in Afghanistan den Nachbarn und Erzfeind Indien im Zaum halten will. Sie fördert damit den islamistischen Extremismus auch im eigenen Land. Dass Wladimir Putins Russland und Xi Jinpings China die Demütigung des Westens mit Genugtuung verfolgen und ihren Vorteil suchen werden, ist in Berlin auch allen klar.

Und selbst diejenigen, die froh seien mögen, dass Deutschland „raus aus Afghanistan“ ist, werden bald spüren: Deutschland und andere Europäer können sich nicht „heraushalten“, schon weil die Entwicklungen in Zentralasien und der muslimischen Welt keinen Bogen um Europa machen werden. Dass ein neues „Kalifat“ die mächtigen USA und ihre Nato-Verbündeten verjagt hat und dass 20 Jahre nach den Al-Kaida-Anschlägen auf New York und Washington über Kabul wieder die Taliban-Fahne weht, ist von starker Symbolwirkung. Zugleich werden die Taliban in Sachen Regierungsführung kaum etwas dazugelernt haben – von den bereits beangenen und noch zu erwartenden Gräueltaten ganz zu schweigen.

Aber eine Außenpolitik, deren oberste Maxime ist, nichts zu riskieren, ist eben zum Zuschauen verdammt.



DR. HENNING HOFF
ist Editor-at-Large von *Internationale Politik* und Executive Editor deren englischsprachiger Ausgabe, *Berlin Policy Journal*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er ist Mit-Gründer des Verlags WELTKIOSK.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Plauderstunde

Corona, Flut, Afghanistan – Koalitions-, Partei-, Ministerver-sagen. Hinrunde des „Wer wen?“ am kommenden Sonntag, Rückrunde im September, zunächst im privaten, später im öffentlich-rechtlichen Fernsehen: Annalena Baerbock (Grüne), Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) – das Triell steht bevor. Wie einst beim „Duell“, als ob eine Direktwahl zum mächtigsten Amt in Deutschland anstünde, wie in Frankreich etwa. Doch glauben Beteiligte (oder tun so), dass sich ihr Abscheiden (oder was dafür gemacht wird) auf das Ergebnis ihrer Partei am 26. September auswirken werde. Dazu setzten die Duellanten von ehemals Dutzende von Helfern ein: Fraktionschefs, Minister und Ministerpräsidenten, maßgebliche Parteileute, Abgeordnete und Freunde des Kulturbetriebs, die den Journalisten in Nebenräumen des Fernsehstudios erklärten, warum der/die eine gewonnen und der/die andere verloren habe.

Als zuletzt Angela Merkel und Martin Schulz aufeinandertrafen, hatten sich 700 Journalisten in Berlin-Adlershof akkreditiert. Corona-bedingt muss das jetzt anders sein, weshalb sich Spindoktoren und journalistische Aktivistinnen bei Twitter austoben werden. Gewiss bleiben sie linientreu und werden ihren Favoriten zum Sieger erklären. Doch Vorsicht! 2017 geriet die vorbereitete SPD-Erklärung „Merkel verliert klar gegen Martin Schulz“ durch ein Versehen an die Öffentlichkeit, lange bevor deren Duell begonnen hatte. Peinlich, peinlich.

Baerbock, Laschet und Scholz tun gut daran, sich bestens vorzubereiten – von wegen Völkerrecht, Söder und Cum-Ex. Weil der Wahlkampf auf Abwege geraten ist, kann in den Vordergrund geraten, was mit dem Oberbegriff „Körpersprache“ umschrieben wird: vom Lachen an falscher Stelle bis hin zu unangebrachtem Schuhwerk. Ironie kommt nie gut an. Eine Mitbewerberin fürsorglich gegen üble Attacken in Schutz zu nehmen, birgt die Gefahr, als interessengeleitete Boshaftigkeit entlarvt zu werden. „Negative Campaigning“ ist dieser Tage in Verruf geraten. Zuversicht kann in Überheblichkeit abgleiten. Hergebrachte Formeln („Sie kennen mich“, „Wir müssen die Kirche doch mal im Dorf lassen“) sind verbrannt. Grimmig gucken mag Führungswilligen ausstrahlen – kann aber abstoßend wirken. Wichtig ist kluges Erwartungsmanagement, Schwächen als Stärke erscheinen zu lassen. Als Elefant im Raum: Christian Lindner, derzeit mutmaßlicher Kanzlermacher von der FDP. Nun denn – schau'n mer mal.

Heuer ist fad eh schon fast fantastisch

Die Baerbocks, Laschets und Scholzens sind nicht fesch genug? Alles halb so schlimm! Ein österreichischer Blick | Von Colette Schmidt

Vier Roboter mit Senf. Zwei Dönerspieße. Ein Pony. In Berlin kann man sich verschiedener Bilder bedienen, wenn man sich den Abstand, den man zum Nächsten einhalten sollte, also die Leere zwischen den Leuten, nicht merken kann. Zumindest wenn man Öffi-Benutzerin ist. Wenn man aus dem Land des Babyelefanten kommt, ist das eine willkommene Abwechslung.

Bis heute kann sich nämlich niemand erklären, warum die österreichische Regierung sich ein Tier für die Pandemie ausgesucht hat, dessen genaue Maße niemand aus dem Alltag heraus abrufen hat – außer vielleicht Tierpfleger im Tiergarten Schönbrunn. Vielleicht ist das ein Grund dafür, warum in Wien ohnehin nie irgendjemand im Supermarkt oder sonst wo aufgebührenden Abstand ging.

Aber jetzt bin ich in Deutschland. Von Juli bis September bin ich zuzusagen Wahlbeobachterin für meine Zeitung, den *Standard* aus Wien. Beobachterin im doppelten Sinne, da ich hier ja nicht selbst wählen darf, sondern nur beobachten kann. Von außen und dabei mitten drinnen.

Und dabei fällt mir eine andere Leere auf, ein Abstand, der scheinbar noch nicht zu füllen ist. Ein luftleerer Raum, um den herum der Wahlkampf stattfindet.

Es scheint, dass mitten im Bewerb um die Kanzlerschaft etwas fehlt. Ein Vakuum im Zentrum des Geschehens. Als ob man noch auf eine Hauptdarstellerin wartete, damit es dann endlich losgehen kann.

Aber die kommt nicht. Denn sie heißt Angela Merkel und spielt bekanntlich nicht mehr mit. Angela Merkel war eben mehr als eine deutsche Kanzlerin. Sie war ein ruhender Pol mitten in Europa, eine Konstante im Auge des Orkans, eine Institution – auch für das Nachbarland. Keine Heilige, keine fehlerfreie Politikerin, aber eine uneitle, überlegte, respektierte Staatschefin, auch oder gerade im Nachbarland. Gerade im Nachbarland Österreich.

Was nach ihr kommen soll, kann mir auch in Deutschland niemand sagen. Klar, niemand hat hier einen Kanzlerbonus, am nächsten kommt da der Vizekanzlerbonus in der Person von Olaf Scholz (SPD). Aber wirklich vom Hocker reißt seine Performance auch niemanden.

Das Klagen über farblose Kandidatinnen und Kandidaten, denen man „nüschet, aber schon gar nüscht“ zuträufelt, höre ich auch im privaten Umfeld, wenn ich in Berlin unterwegs bin – quasi mit dem Ohr am Volke. Abgesehen von der schrillen Minderheit, die an Wochenenden gerne „Freiheit!“ brüll-

end durch die Straßen zieht und Polizistinnen und Journalisten attackiert, während sie sich in einer „Corona-Diktatur“ wähnt. Gut. Die haben wir in Österreich auch, keine Sorge. Sie nehmen sich meiner persönlichen Meinung nach eigentlich selbst aus jedem ernstzunehmenden demokratischen Diskurs. Gerade deshalb müsste man aber sie und jene, die sie von rechtshinten anfeuern, sehr ernst nehmen.

Die Themen wären in diesem Wahlkampf aufgelegt: Die Flut im Juli mit hunderten Toten schwenkte die Klimakatastrophe nochmals ganz nach oben auf der Agenda. Die Pandemie hat auch im reichen Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich Narben hinterlassen und eine gerechte Umverteilung in noch weitere Ferne gerückt. Und wenn man wie ich in Kreuzberg



COLETTE M. SCHMIDT
ist Redakteurin bei der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* und tauschte anlässlich der Bundestagswahl ihren Wohnort Wien für einige Monate gegen Berlin.

wohnt, kann man auch die Auswirkung der Wohnungspolitik erste Reihe fußfrei beobachten. Auf vielen Straßen und Plätzen haben Obdachlose sich mit Zelten, Matratzen und Teppichen behelfsmäßige Lager gebaut. Nicht etwa Geflohene, die natürlich auch in keinem zivilisierten Land auf der Straße leben müssen sollten, sondern zu einem großen Anteil Wählerinnen und Wähler – wie man erfährt, wenn man mit ihnen spricht.

Die Wohnungslosen in Kreuzberg fühlen sich von der Regierung im Stich gelassen. Ebenso wie hunderte Deutsche, die aktuell unter Lebensgefahr in Afghanistan festsitzen. Weil man die Evakuierung verschlafen hat, während eine aus der Kunst kommende Gruppe schon im Juli Safe Houses anmietete für jene Afghaninnen und Afghanen, die jahrelang für Deutschland gearbeitet hatten. Wussten die Aktivistinnen und Aktivistern vom Zentrum für Politische Schönheit mehr als die Geheimdienste der Republik?

Themen gäbe es also genug, auf die man ganz konkrete Antworten anbieten könnte, wo man täglich klare Kante zeigen könnte, ohne deshalb in den Populismus abzurutschen.

Doch den wahlwerbenden Parteien scheint es immer wieder die Sprache zu verschlagen. Man sieht Annalena Baerbock beim „Wandern“ mit dem ihr zur Seite ge-